

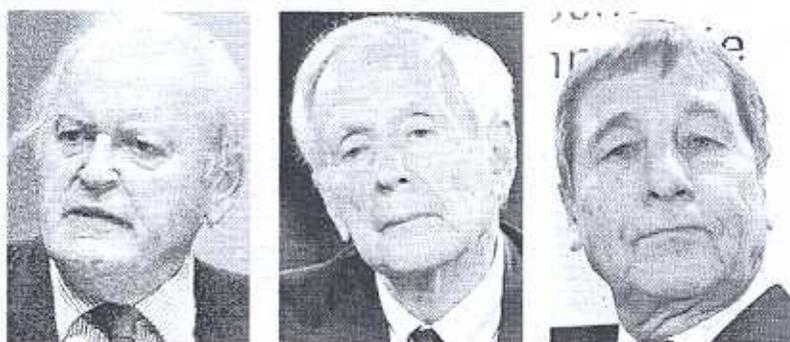
Politrentner machen Druck

„Konvent für Deutschland“ fordert große Finanzreform

VON MICHAEL M. GRÜTER,
BERLIN

Die Herren haben politische Erfahrung und im „Konvent für Deutschland“ den Rückenwind einflussreicher Wirtschaftskreise. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog legte gestern mit dem langjährigen Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und dem früheren Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (beide SPD) sowie dem einstigen Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) dreizehn Thesen zur Finanzreform der Bund-Länder-Beziehungen vor. Sie sollten Messlatte für die Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat sein, die zu diesem Zweck Verfassungsänderungen vorbereitet.

Die alten Herren treibt die Sorge um, „dass jetzt mit dicken Backen Ideen vorgebracht werden und am Ende konzentriert sich alles nur auf ein Verschuldungsverbot“, sagt Herzog. Ihr Katalog umfasst mehr: Die Länder sollen die ausschließlich ihnen zustehende Vermögenssteuer selbst gestalten, für Einkommens- und Kör-



Sehen mit dem Ende des Finanzausgleichs Reformchancen: Roman Herzog, Klaus v. Dohnanyi, Wolfgang Clement (v.li.). rtr/ap

perschaftssteuer einen eigenen Hebesatz festlegen können. Der Finanzausgleich zwischen den Ländern würde danach durch Ergänzungszuweisungen des Bundes ersetzt. Der Ausgleichsfaktor bei der Finanzkraft von derzeit bis zu 95 Prozent soll gesenkt werden. Auch die mögliche Insolvenz von Gebietskörperschaften wird erwogen.

Im Kern laufen die Vorschläge auf einen Wettbewerbsföderalismus hinaus, bei dem das Grundgesetz nur noch auf die „Gleichwertigkeit“ und nicht mehr auf die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ verpflichtet. Davon versprechen sich die Politpensionäre Dynamik und Klarheit. Herzog sagt es so: „Der eine

hat gute Luft, der andere kriegt höheren Lohn. Da kriegen Sie nie Einheitlichkeit hin.“

Das Problem bei dem Vorhaben liegt darin, dass elf von 16 Bundesländern vom bisherigen System des Finanzausgleiches als Nehmerländer profitieren, und zwar mit 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2006. Ihnen müsse klargemacht werden, dass sie bei einer Reform nicht den Kürzeren ziehen. Sollte es an Einsicht mangeln, so setzen die Politpensionäre auch auf Druck. Ende 2019 läuft der Finanzausgleich aus. Noch besäßen die finanzschwächeren Länder einen Hebel, erläuterte Herzog. Doch eine Anschlussregelung sei nicht garantiert.